

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 20. Mai 2020 mit der Verordnung über den Rechtsstillstand nach Artikel 62 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs für die Reisebranche (AS 2020 1749) einen befristeten Rechtsstillstand für die Reisebranche erlassen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Polizei

2018 P 18.3551 Massnahmen gegen Mädchenbeschneidungen
(N 28.9.18, Rickli Natalie)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen Mädchen und Frauen besser vor Genitalverstümmelung geschützt werden können. Darin kann er bspw. auch einen Rechtsvergleich mit anderen Ländern anstellen und deren Präventionsmassnahmen analysieren. Ebenfalls ist zu prüfen, warum diese Straftaten in der Schweiz nicht angezeigt werden und wie dies verbessert werden könnte.

Postulatsbericht vom 25. November 2020 «Massnahmen gegen die weibliche Genitalverstümmelung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Migration

2016 M 15.3484 Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen
(N 10.12.15, Grüne Fraktion; S 16.6.16; Punkte 1–4 und 6 abgelehnt. Punkt 5 angenommen)

Eingereichter Text: Die Schweiz kann sowohl alleine als auch in Zusammenarbeit mit den Dublin-Staaten wesentlich zur Linderung dieser Katastrophe beitragen:

1. *Der Bundesrat führt das abgeschaffte Botschafts asyl rasch mit einem dringlichen Bundesbeschluss wieder ein.*
2. *Der Bundesrat sorgt für die rasche Umsetzung seines Beschlusses, 3000 syrische Flüchtlinge (Kontingentsflüchtlinge und Familiennachzug) aufzunehmen. Zusammen mit den Kantonen ergreift er zudem rasch die notwendigen Vorbereitungen für ein grosses zusätzliches Kontingent an Flüchtlingen aus Syrien.*
3. *Der Bundesrat setzt sich ein für eine Reformation des Dublin-Systems: Es soll zwischen den Dublin-Staaten eine Verteilung der Flüchtlinge nach Wirtschaftsstärke der einzelnen Vertragsstaaten eingeführt werden.*

4. *Der Bundesrat setzt sich dafür ein, dass die Dublin-Staaten einen Mechanismus einführen, der es Flüchtlingen ermöglicht, ein Asylgesuch zu stellen, ohne illegal mit Schleppern in ein Dublin-Land einreisen zu müssen.*
5. *Der Bundesrat unterstützt die meistbetroffenen EU-Länder Italien und Griechenland direkt in der Bewältigung ihrer besonderen Herausforderungen. Die Unterstützung kann finanzieller oder auch logistischer Art sein.*
6. *Der Bundesrat verstärkt massiv und rasch die Hilfe vor Ort für die Flüchtlinge des syrischen Bürgerkriegs.*

Am 23. September 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission das Migrations- und Asylpaket. Damit sollen die Diskussionen zur Asylreform auf EU-Ebene neuen Elan erhalten. Der Bundesrat setzt sich weiterhin für eine langfristige Dublin-Reform und eine faire Verteilung von Asylsuchenden ein. Die Schweiz engagiert sich auf bilateralen und europäischer Ebene für die Dublin-Mitgliedstaaten an den Aussengrenzen. Insbesondere in Griechenland wurden im Jahr 2020 Projekte zur Verbesserung der Aufnahme- und Unterbringungssituation von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) sowie Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie unterstützt. Des Weiteren hat die Schweiz unmittelbar nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos im September 2020 Hilfsmaterial sowie ein Soforteinsatzteam nach Lesbos geschickt. Auch wurden im Jahr 2020 insgesamt 91 Kinder und Jugendliche aus Griechenland aufgenommen. Um das Migrationsmanagement in den EU-Mitgliedstaaten zu stärken, sollen zudem in EU-Mitgliedstaaten, die von Migrationsbewegungen besonders betroffen sind, Projekte finanziert werden – im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (Rahmenkredite Kohäsion und Migration). Das Parlament hat den beiden Rahmenkrediten in der Wintersession 2019 grundsätzlich zugestimmt, allerdings unter dem Vorbehalt, dass keine Verpflichtungen eingegangen werden, wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt. Aufgrund dieses Vorbehalts hat die Zusammenarbeit bislang nicht begonnen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion (insbesondere von Punkt 5, der als einziger Punkt von beiden Kammern angenommen wurde) als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 15.3955 Verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt von anerkannten
Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen
(N 3.3.16, Pfister Gerhard)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, abzuklären und in einem Bericht darzulegen, wie die Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen verbessert werden kann. Der Bundesrat soll ebenfalls abklären, inwiefern Asylsuchende, sobald sie auf die Kantone verteilt werden, in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Ursprünglich war vorgesehen, dem Anliegen des Postulats im Rahmen der Berichterstattung zur Integrationsvorlehre für den Entscheid des Bundesrats zum weiteren Vorgehen dieses Pilotprogrammes Rechnung zu tragen. Am 15. Mai 2019 hat der Bundesrat Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitsmarktpotenzials beschlos-